

"Altanlagen gehören abgeschaltet"

Grüne gegen längere AKW-Laufzeiten

"Atomreaktoren wie Biblis mit seinen tausend defekten Dübeln" dürfen keine längeren Laufzeiten haben, fordert Jürgen Trittin, grüner Fraktionsvize, in einem Interview mit SPIEGEL ONLINE. Warum der Atomausstieg der einzig richtige Weg in der Energiepolitik ist, erklärt er hier:

SPIEGEL ONLINE: Wenn im Grundgesetz festgehalten wird, dass keine neuen Atomkraftwerke gebaut werden, kann sich der SPD-Vordenker Erhard Eppler eine längere Laufzeit für Atommeiler vorstellen. Könnten Sie das auch?

Trittin: Natürlich kann man die Begrenzung der Betriebszeiten und das Verbot, neue AKWs zu errichten, im Grundgesetz festschreiben. Nur warum man dafür störanfällige Atomreaktoren wie Biblis mit seinen tausend defekten Dübeln, Brunsbüttel mit seiner Wasserstoffexplosion am Druckbehälter vor einigen Jahren oder Neckarwestheim, das laut Betreiber aus "Schrottbeton" besteht, die Laufzeiten verlängern soll, leuchtet nicht ein. Solche Altanlagen gehören abgeschaltet.

Dass sich ausgerechnet Herr Eppler für diesen Schrott stark macht, verwundert. In den sechziger Jahren gehörte er zu den Sozialdemokraten, die den Einstieg in die Atomtechnik in Deutschland erst ermöglichten. Später dann war er einer der ersten in der SPD, der das als Irrweg gegeißelt hat. Dass er jetzt im Alter in die Irrtümer seiner Jugend zurückfällt, ist schade.

SPIEGEL ONLINE: In der SPD wird aber eine immer stärkere Tendenz deutlich, die Laufzeiten beim Atomausstieg zu verlängern. Wird das rot-grüne Projekt langsam abgewickelt?

Trittin: Ich weiß nicht, ob die Position von Erhard Eppler und Wolfgang Clement eine Chance innerhalb der gesamten Partei hat – aber es zeigt sich: Nur auf die Grünen ist beim Atomausstieg Verlass.

SPIEGEL ONLINE: Der Atomausstieg wurde entschieden, als der Ölpreis bei zehn Dollar pro Barrel lag, inzwischen liegt er bei 145 Dollar - ist der eilige Atomausstieg heute noch zeitgemäß?

Trittin: Was hat der Ölpreis mit Atomstrom zu tun? AKWs heizen keine Häuser, und eine Armada von Elektrofahrzeugen auf unseren Straßen sehe ich auch nicht. Die Ölpreise werden in der Debatte instrumentalisiert. Die Strompreise werden von den vier marktbeherrschenden Energieunternehmen bestimmt. Die betreiben zahlreiche Atomkraftwerke, die ihnen Milliardengewinne bescheren. Wenn wir ihnen die Laufzeiten verlängern, verstärken wir ihre Marktdominanz. Das führt zu höheren Preisen.

SPIEGEL ONLINE: Sie sehen also keinen Zusammenhang zwischen den steigenden Ölpreisen und dem Comeback der Diskussion um Atomenergie?

Trittin: Keinen realen. Marktpreise bilden sich nach Angebot und Nachfrage. Auf dem Ölmarkt ist die Nachfrage international stark gestiegen, das Angebot stagniert, eine Entwicklung, die sich fortsetzen wird. Beim Strom gibt es leider keine echten Marktpreise, sondern ein Monopol der großen vier Erzeuger. Allerdings ist das Angebot an Strom größer geworden, weil mehr Strom aus erneuerbaren Energien produziert wird – gut 15 Prozent. Als der Atomausstieg beschlossen wurde, waren es vier Prozent. Deutschland ist dank erneuerbarer Energie inzwischen Stromexportland geworden. Mit wachsender Tendenz. Die Strompreise für die deutschen Verbraucher werden jedoch von den Konzernen bestimmt.

SPIEGEL ONLINE: Könnte es nicht sein, dass die Grünen in zehn Jahren Atomkraft als geeignetes Mittel gegen den Klimawandel wiederentdecken? Immerhin verursacht Kernkraft deutlich weniger Kohlendioxid-Ausstoß.

Trittin: Atomenergie erzeugt zwar weniger Emissionen als etwa Kohle, doch die CO₂-Bilanz ist schlechter als bei den erneuerbaren Energien. Atomkraft ist gleichzeitig wesentlich teurer als erneuerbare Energie. Außerdem dürfen Sie die drei Risikofaktoren nicht vergessen: Irgendwo muss der radioaktive

Atommüll gelagert werden – im Modell-Endlager für Deutschland, Asse 2, muss heute radioaktive Lauge abgepumpt werden. Es besteht immer die Gefahr eines Kernschmelzunfalls wie in Tschernobyl. Und es gibt keine klare Trennung zwischen der zivilen Nutzung und der kriegerischen von angereichertem Uran - wie man in Iran und in anderen Staaten aktuell beobachten kann. Jeder der drei Gründe ist es wert, auf die weltweit drei Prozent Energie aus Atomspaltung zu verzichten – mehr liefern AKWs nämlich nicht für die weltweit genutzte Energie.

SPIEGEL ONLINE: Laufen die Grünen mit dieser Einstellung nicht Gefahr, langsam in die Außenseiterrolle abzurutschen? Immerhin erfährt die Atomindustrie gerade einen Aufschwung in europäischen Ländern und den USA.

Trittin: Wo denn? Innerhalb der Europäischen Union wird an einem einzigen Kraftwerk gebaut, während seiner Bauzeit sind mehrere AKWs in der EU stillgelegt worden, der Anteil des Atomstroms in der EU sinkt. Und George W. Bush hatte 2000 zum Amtsantritt hundert neue Kraftwerke angekündigt – bis zum Ende seiner Amtszeit wurde nicht ein einziges neues begonnen. Seit den siebziger Jahren wurde in den USA kein einziges neues Kraftwerk geordert. Grüne sind da sehr realistisch.

SPIEGEL ONLINE: Brauchen wir dann bald eine nationale Energiekonferenz, um zu klären, wie es nach einem Ausstieg weitergehen kann?

Trittin: Nein, die gab es 2001, als die Energiekonzerne im Kanzleramt den Atomkonsens feierlich unterschrieben. Das Einzige, was wir brauchen, sind Vorstände, die sich an die eigene Unterschrift gebunden fühlen. Ich komme aus Bremen, da gilt das Wort eines Kaufmanns noch. Ehrbare Kaufleute sind die Chefs von E.on, RWE, EnBW und Vattenfall nach hanseatischen Maßstäben nicht.

Diese Interview führte Ferda Ataman für spiegel-online am 08.07.2008